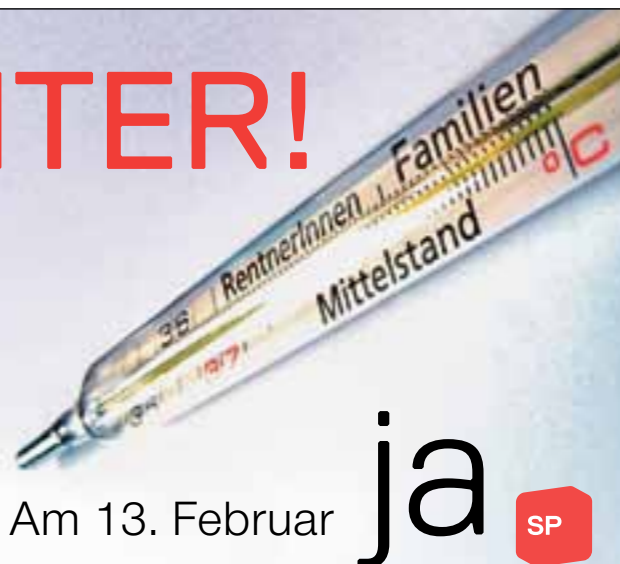


PRÄMIEN RUNTER!

**Mittelstand stärken, Kaufkraft erhöhen
und Familien unterstützen**

Darum Prämien runter und JA zur Initiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien



Am 13. Februar

Argumente des Initiativkomitees zur Gesetzesinitiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien – Volksabstimmung vom 13. Februar 2011

Worum es geht

Im Wissen darum, dass die sich stetig nach oben drehende Schraube der Kosten für die Krankenkassenprämien für viele Menschen den Ruin bedeuten könnte, nehmen Bund und Kantone Geld in die Hand, um die privaten Haushaltsbudgets zu entlasten. Für jeden Franken, den der Bund in die Prämienverbilligung einschiesst, legt der Kanton Solothurn 80 Rappen nach – was allerdings zu wenig ist, um die wachsende Zahl von Solothurnerinnen und Solothurnern, die unter dem Prämiendruck ächzen, wirksam zu entlasten. Die Knausrigkeit Solothurns geht auf die Zeit zurück, als die Staatsfinanzen noch ein Problem waren. Heute aber ist die Staatskasse saniert.

Krankenkassenprämien runter, Mittelstand entlasten!

Die Gesetzesinitiative für eine wirksame Prämienverbilligung verlangt, dass der Beitrag, den der Kanton Solothurn an die Prämienverbilligung beisteuert, von heute 80 Prozent des

Bundesbeitrags auf neu 120 Prozent angehoben wird. Der Kantonsrat muss dazu verpflichtet werden. Freiwillig macht er das nicht. Bisher hat er sich nur an das gesetzliche Minimum gehalten. Die Prämienverbilligung für bereits Anspruchsberechtigte soll erhöht und die Anspruchsberechtigung auf den Mittelstand ausgedehnt werden.

Mittlerweile leidet die halbe Bevölkerung ...

Die Zahl der Haushalte, die heute gezwungen sind, mehr als ein Monatseinkommen für die Krankenkassenprämien aufzuwenden, nimmt ständig zu. Für eine vierköpfige Familie beispielsweise, die über ein Gesamteinkommen von 60000 Franken verfügen könnte, sind im Kanton Solothurn heute durchschnittlich 6700 Franken selbst zu bezahlen – mit 11 Prozent ein eindeutig zu hoher Eigenanteil. Damit wird das Ziel des Bundesrates, dass die Prämienlast maximal acht Prozent des steuerbaren Einkommens betragen soll, untergraben. Die explodierenden Krankenkassenprämien treffen also längst nicht mehr nur die Bedürftigen, sondern haben den Mittelstand mit aller Härte erreicht. Es ist daher nichts als gerecht, dass jetzt auch der Mittelstand, der mit seinen Steuern zur Sanierung der Staatsfinanzen beigetragen hat, sein Geld

und seine Kaufkraft wenigstens teilweise wieder zurückerhält.

Für unseren Kanton!

Während andere Kantone die Last für ihre Bürgerinnen und Bürger abfedern, schauen die solothurnischen Behörden tatenlos zu: Im interkantonalen Vergleich kommt Solothurn heute an 17. Stelle. Selbst Kantone mit tieferen Durchschnittsprämien, wie zum Beispiel Thurgau oder Freiburg, verbilligen die Prämien viel stärker. Die Initiative verhindert, dass der Kanton Solothurn noch mehr an Boden verliert.

Die Zahl der Haushalte, die gezwungen sind, mehr als ein Monatseinkommen für die Krankenkassenprämien aufzuwenden, nimmt ständig zu.

Der Prämienexplosion nicht tatenlos zuschauen!

Ohne eine wirksamere Prämienverbilligung verlieren die Solothurner Haushalte Jahr für Jahr massiv an Kaufkraft. Sagen deshalb auch Sie Ja zur Gesetzesinitiative für eine wirksame Prämienverbilligung und damit zu einer wirksamen Unterstützung von Bedürftigen, Familien und des Mittelstandes!

DAS INITIATIVKOMITEE

Manfred Baumann, Boris Banga, Evelyn Borer, Bea Heim, Urs Huber, Ernst Leuenberger (†), Markus Schneider, Niklaus Wepfer, Reiner Bernath, Georg Hasenfratz, Fabian Müller, Anna Rüefli

Tagebuch einer Gemeinderätin Ressort

Was eine Lehrerin, ein Lehrer im Schulzimmer macht, haben alle in ihrem Leben erfahren. Bildung ist aber weit mehr als das. Bea Widmer Strähl, Gemeinderätin mit dem Ressort Bildung in Trimbach, hat für «links» ein kurzes Tagebuch geführt über ihre Tätigkeit in der Führung einer Schule in Zeiten des Umbruchs. Beatrice Widmer Strähl

8. November: Information der Behörden durch das AVK (Amt für Volksschule und Kindergarten) Diskussionen gibt es zur Speziellen Förderung und zur Integration. Bemängelt wird, dass die Schulleitungen und Behörden vom Amt immer spät oder zu spät informiert werden.

Ist die Integration von Einführungs- und Kleinklassenkindern wirklich in allen Gemeinden sinnvoll? In

Trimbach besuchen relativ viele Kinder eine Einführungs- oder Kleinklasse. Die SchülerInnen sind zwar nicht in der Regelklasse integriert, aber ihr Klassenzimmer befindet sich im gleichen Schulhaus. Wird man durch die

Spezielle Förderung wirklich allen Kindern gerecht? Das unguete Gefühl lässt mich nicht los, dass die Spezielle Förderung eine Spar- und Alibiübung ist.

9. November: ICT ist ein Thema an der Gemeinderatssitzung Das ICT-Rahmenkonzept des Kantons

«Wird man durch die Spezielle Förderung wirklich allen Kindern gerecht?»

schreibt vor, wie viele Kinder und Lehrpersonen sich ein Notebook teilen müssen. Viele Gemeinden finden es stossend, dass der Kanton Vorgaben macht, die Gemeinden aber die Kosten für die Realisierung zahlen müssen. Der

Bereich ICT erscheint als ein Fass ohne Boden. Die Kosten für Wartung und Support der Infrastruktur, die Weiterbildung der Lehrkräfte und den Ersatz der Arbeitsstationen in vier bis fünf Jahren sind nicht zu unterschätzen.

15. November: Chrömliverkauf organisieren für den Mittagstisch als Vorstandsmitglied Der Verein family+ hat sich zum Ziel gesetzt, in Trimbach Tagesstrukturen, eine Kinderkrippe und einen -hort aufzubauen. Seit Januar 2008 führt der Verein family+ den Mittagstisch. Trotz Bundesanstossfinanzierung und einem finanziellen Beitrag der Einwohnergemeinde braucht der Verein Geld, um langfristig arbeiten zu

können. Eltern von Mittagstischkindern, Vereinsmitglieder und die Kinder selbst backen für den Chrömliverkauf Anfang Dezember. Es steckt viel nebenamtliche, unbezahlte Arbeit im Aufbau von Tagesstrukturen.

«Die Reformen müssen durchdacht, koordiniert und umsetzbar sein.»

Der Kanton macht viele Vorgaben zur Führung von Kinderkrippen und -horten – ich kann verstehen, dass auf Qualität geachtet werden muss. Ein Betrieb kann jedoch ohne staatliche Zuschüsse nicht nach diesen Vorgaben geführt werden.

18. November: Netzgruppenabend Seit einigen Jahren gibt es in Trimbach eine Netzgruppe von Frauen aus unterschiedlichen Kulturkreisen, die Kontakte zwischen Schule und Elternhaus herstellen und pflegen. Regelmässig finden gesellige Anlässe statt. Heute

wird fleissig gewerkt und gebastelt. Beim anschliessenden Kaffee können viele Köstlichkeiten aus verschiedenen Kulturkreisen probiert werden. Der Austausch unter den Müttern wird sehr geschätzt.



Mühlemattschulhaus in Trimbach

rt Bildung

Im Gespräch mit Müttern kommt das Thema Klassenrepetitionen auf. Viele Eltern schätzen die Möglichkeit, dass Kinder Klassen repetieren können. Ich kenne Kinder, die eine Klasse repetiert haben und jetzt die Bezirksschule mit guten Noten besuchen. Im Gespräch muss ich den Eltern mitteilen, dass Klassenrepetitionen mit dem neuen Laufbahnreglement (= ehemaliges Promotionsreglement) nur noch in ganz speziellen Fällen möglich sein werden. Die Eltern haben wenig Verständnis für diese Neuregelung.

27. November: Bericht fürs Links schreiben Wo besteht dringender Handlungsbedarf im Bildungswesen im Kanton Solothurn?

Die Volksschule muss sich reformieren können, sie darf nicht stehen bleiben. Aber: die Reformen müssen durchdacht, koordiniert und umsetzbar sein. Reformen dürfen keine Sparübungen sein, sondern müssen Verbesserungen für Kinder und Lehrkräfte und die ganze Schule bringen.

Der Lehrerberuf muss attraktiver werden. Die Wertschätzung der geleisteten Arbeit fehlt häufig. Ich habe grossen Respekt vor Lehrpersonen, die sich täglich mit Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen und ihnen Wissen weitergeben.

Der Aufbau von Tagesstrukturen, Kinderkrippen und -horten muss stärker gefördert werden. Die Zusammenarbeit mit der Schule ist notwendig, damit auch die Verbindlichkeit erhöht wird. Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn unterstützt die Vorlage «Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden» der FDP, ist sich jedoch bewusst, dass diese Gesetzesvorlage nicht ausreichend ist. Frühförderung: Alle Kinder sollten bei Kindergartenbeginn Deutsch



Beatrice Widmer Strähl
ist SP-Gemeinderätin
in Trimbach und leitet das
Ressort «Bildung»



ANHÖRUNGSANTWORT GEOLOGISCHE TIEFENLAGER

SP weist Sachplan zurück

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass die grosse Skepsis, besonders in den betroffenen Gebieten, gegenüber der Atomenergie und insbesondere der damit verbundenen Endlagerung von radioaktiven Abfällen, ernst genommen wird. Urs Huber

Kritik am Lagerkonzept: Die Schweizer Suche nach einem Lagerstandort ist verfrüht. Denn für den Suchprozess fehlen ein sicheres Lagerkonzept, glaubwürdige Antworten auf noch ungelöste technische Probleme und die richtigen Rahmenbedingungen in Bezug auf Finanzierung und Forschung.

Kritik am Sachplanprozess: Dem Sachplanprozess als solchem haftet der Beigeschmack der Alibiübung an, solange die wirklichen Fragen der Atommüllentsorgung nicht diskutiert werden und das Ergebnis nicht von Beginn an feststeht. Gegen diese Alibiübung, welche die kritischen Stimmen zum Verstummen bringen soll, wehrt sich die SP.

Kritik am Ergebnisbericht: Zur Anhörung wurde ein Ergebnisbericht vorgelegt. Eine wirkliche Auseinandersetzung über die Atommüllagerung ist aufgrund dieses unvollständigen und ver-

harmlosenden Berichts jedoch nicht möglich.

Forderungen der SP, Punkte betreffend Region Jurasüdfuss

1. Ein aktives Kernkraftwerk und ein gleichzeitiges Lager für radioaktive Abfälle schliessen sich aus Sicherheitsgründen aus. Der Zugangsbereich einer Lagerstätte muss jederzeit problemlos erreichbar sein. Ein Kernkraftwerk

«Dem Sachplanprozess als solches haftet der Beigeschmack der Alibiübung an.»

im Störfall kann eine solche Zugänglichkeit kurz-, mittel- oder langfristig behindern oder verunmöglichen. Diese Potenzierung von Gefahren muss ausgeschlossen sein. Deshalb sind die Region Jurasüdfuss und andere Regionen mit Kernkraftwerken in Betrieb auszuschliessen. Dies betrifft insbesondere den Betrieb eines neuen Kernkraftwerks Gösgen 2 mit

abschbar jahrzehntelanger Laufdauer.

2. Die Region Jurasüdfuss ist eine dicht bevölkerte Wohnregion im Mittelland. Zudem wird aktuell mit dem Projekt Aareland mit Unterstützung des Bundes neben dem Wohnen auch die natürliche (Aare)-Landschaft thematisch und planerisch durch die regionalen Verbände und Gemeinden vorangetrieben. Ein Tiefenlager für atomare Abfälle ist in diesem Kontext widersinnig und nicht akzeptierbar.

3. Überbelastung der Region Niederamt durch atomare Anlagen. Die Region ist bereits genügend mit atomaren Anlagen und Gefahren belastet. Zudem wird beabsichtigt, Gösgen 2 zu bauen. Auch die Bevölkerung hat das Recht, nicht zum atomaren Abfallkübel der Schweiz verdammt zu werden. Genug ist genug, ein atomares Endlager ist deshalb im Namen der Bürger und Bürgerinnen für die Region Jurasüdfuss auszuschliessen.



Urs Huber
ist SP-Kantonsrat und
Präsident des Vereins «Niederamt ohne Endlager»
www.endlagermein.ch/

Inseratekampagne von Regierungsrat Wanner

Im Rahmen des Abstimmungskampfes zur Steuergerechtigkeitsinitiative der SP Schweiz hat sich Regierungsrat Christian Wanner



durch eine grosse mediale Präsenz hervorgeraten. Der Auftritt hat in seinem Umfang und seiner Vehemenz irritiert. Aus diesem Grund hat die SP-Fraktion beschlossen, diesbezüglich einen Vorstoss einzureichen, und bittet den Regierungsrat u. a. um Auskunft darüber, welche Regelungen in einer Kollegialbehörde im Zusammenhang mit Auftritten und Komiteemitgliedschaften bestehen, wie der Entscheid zu einer derartigen intensiven Inseratekampagne zustande gekommen ist und ob das Regierungskollegium dies vorgängig gutgeheissen hat. Weitere wichtige Fragen stellen sich im Zusammenhang mit der Finanzierung der Inserate, auf denen Regierungsrat Wanner als Finanzdirektor des Kantons in Erscheinung trat. Wir sind gespannt auf die Antworten und bleiben dran.

Evelyn Borer, Kantonsrätin und Parteipräsidentin aus Dornach

Aufhebung Handänderungssteuer: Wo bleibt die Bevölkerungsinformation?

Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Handänderungssteuer für selbst genutztes Wohneigentum lässt die



Information durch die Verwaltung zu wünschen übrig. Die Folgen sind: Unsicherheit, mühsamer Zugang auf der Website und widersprüchliche Informationen. Dies hat in der Fraktion zu Diskussionen geführt und Kantonsrat Simon Bürki dazu bewogen eine kleine Anfrage zu diesem Thema zu machen mit folgenden Fragen: Welches Datum resp. Handlung

ist massgebend für die Steuerbefreiung? Warum wurde die Bevölkerung nicht klar informiert? Warum durfte die Verwaltung teilweise keine Auskünfte auf Anfragen geben? Gab es eine Informationssperre? Ist die gewählte schrittweise Informationspolitik geeignet zu schaffen? Kennt der Kanton ein einheitliches Vorgehen betreffend Informationspolitik? Warum sind Informationen zum Thema trotz Aktualität auf der Webseite des Kantons nur mit gezielter Suche auffindbar? Welche Massnahmen wurden/werden zur Verbesserung der Information ergriffen? Für Personen, die nächstes Jahr Eigentum erwerben möchten im Kanton, ist es wichtig Klarheit zu haben. Klare Information ist eine öffentliche Aufgabe. Leider wurde diese Chance verpasst. Note ungenügend!

Simon Bürki, Kantonsrat aus Biberist

Erfolg für Witwen und Witwer – Erfolg für die SP!

In einem «Beobachter»-Artikel wurde unter dem Titel «Kanton Solothurn verärgert Witwen und Witwer» folgender Sachverhalt dargelegt: Eine Person erhält nach dem Tod des Ehepartners eine Steuerrechnung über 20 Franken Personalsteuer. Dabei hatte die Person für dieselbe Steuerperiode die Personalsteuer für beide, Ehefrau und Ehemann, also zweimal 20 Franken, bereits bezahlt. In einer kleinen Anfrage an den Regierungsrat wollte Fabian Müller wissen, ob dieser bereit sei, diese Ungerechtigkeit zu ändern, so dass beim Tod eines Ehepartners die Personalsteuer für den anderen Ehepartner im selben Jahr nicht noch ein weiteres Mal bezahlt werden muss. In seiner Antwort hat der Regierungsrat den Sachverhalt bestätigt und versprochen zu prüfen, ob sich das Anliegen der kleinen Anfrage umsetzen lässt. Und tatsächlich: In der neuen Vollzugsverordnung zum Gesetz über die



Staats- und Gemeindesteuern hat der Regierungsrat sein Versprechen wahr gemacht und das Problem gelöst. Veränderungen sind möglich! Es ist schön, dass ab sofort jährlich mehr als 900 Witwen und Witwer im Kanton Solothurn nach dem schmerzlichen Verlust ihres Ehepartners nicht mehr vom Kanton mit einer zusätzlichen Erhebung der Personalsteuer belastet werden.

E-Voting soll definitiv eingeführt werden

Die SP Kanton Solothurn reicht im Kantonsrat einen Auftrag ein zur definitiven Einführung des e-Votings im Kanton Solothurn. Nach diversen Pilotabstimmungen konnten an der eidgenössischen Abstimmung vom 28. November alle im Kanton Solothurn registrierten Auslandschweizerinnen und -schweizer zu den Abstimmungsvorlagen per Mausclick (e-Voting) Stellung nehmen. Technisch und organisatorisch hat dabei nach Aussagen des Kantons alles reibungslos geklappt. Nach den guten Erfahrungen mit dem e-Voting der Auslandschweizer ist es jetzt an der Zeit, dass e-Voting im Kanton Solothurn definitiv eingeführt werden kann und auch Inlandschweizer von diesem neuen Instrument profitieren können. Deshalb fordert Kantonsrat Fabian Müller in seinem Auftrag den Regierungsrat dazu auf die rechtlichen Grundlagen dahinge-

hend zu ändern, dass e-Voting im Kanton Solothurn definitiv eingeführt werden kann. Die Sicherheit bei der korrekten Ergebnisermittlung sowie die Einhaltung des Wahlgeheimnisses muss dabei selbstverständlich gewährleistet sein. E-Voting kann der Demokratie neue Chancen eröffnen. Es ist ein Instrument zur Steigerung der Bürgerinnen- und Bürgerfreundlichkeit, welches einige Vorteile bringt. Das Abstimmen wird für die Stimmberechtigten einfacher und rascher und die Stimmbeteiligung dürfte ansteigen, da der Aufwand für die Stimmgabe sinken wird. Weiter können bei der Auszählung der schriftlichen oder an der Urne eingegangenen Stimmzettel personelle und finanzielle Einsparungen erzielt werden.

Fabian Müller, Kantonsrat aus Balsthal

Das Parteisekretariat wünscht allen Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten eine schöne Adventszeit, besinnliche Weihnachten und für das neue Jahr viel Erfolg, Glück und Gesundheit. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit und die grossartige Unterstützung im Jahr 2010. Wir freuen uns auf das kommende Jahr und sind zuversichtlich – das wird ein gutes SP-Jahr!

Das Seki-Team: Beatrice Widmer Strähl und Niklaus Wepfer



Die SP Kanton Solothurn dankt dem abtretenden Sektionspräsidenten Klaus Blättler ganz herzlich für sein langjähriges Engagement an der Spitze der SP und wünscht dem Neuen, dem jungen Dariush Pour Mohsen, in seiner neuen Funktion alles Gute.